



KOMMENTAR

Landtagswahlen in Brandenburg: Ein Appell an die Politik – innere Sicherheit stärken, Prävention durch Bildung fördern

Anita Kirsten

Die jüngsten Landtagswahlen in Brandenburg haben das politische Landschaftsbild deutlich verändert. Mit Blick auf die anstehenden Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen stellt sich für uns als Gewerkschaft der Polizei die Frage, wie die zukünftige Landesregierung die Herausforderungen in der inneren Sicherheit und der Polizeiarbeit angehen wird. Die Programme der Parteien, insbesondere der SPD, der AfD, der CDU und des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW), geben Aufschluss über die unterschiedlichen Ansätze. Für uns steht fest: Die Koalition, die sich bildet, muss die innere Sicherheit, die Stärkung der Polizei und Prävention durch Bildung zu zentralen Themen machen.

Innere Sicherheit als prioritäres Thema

In einer Zeit, in der der Ton in der Debatte um Sicherheit und Migration zunehmend schärfer wird, ist es umso wichtiger, das Thema sachlich und lösungsorientiert zu diskutieren. Wir als GdP Brandenburg betonen die Unantastbarkeit des individuellen Grundrechts auf Asyl und die Würde des Menschen – unabhängig von Migrationshintergrund oder Fluchtstatus. Gleichzeitig müssen wir jedoch die Behörden in die Lage versetzen, ihre Aufgaben effektiv zu erfüllen. Für die GdP steht außer Frage: Die innere Sicherheit muss weiterhin Priorität haben. Hier geht es nicht nur um die technische Ausstattung der Polizei oder den Einsatz moderner Technologien, sondern in erster Linie um die Menschen, die tagtäglich ihren Dienst für die

Gesellschaft leisten. Der Schutz der Bürger vor Kriminalität, Gewalt, Hass und Diskriminierung ist unerlässlich, um den sozialen Frieden zu wahren. Doch ebenso wichtig ist der Schutz unserer eigenen Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Gewalt gegen Einsatzkräfte und Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten nehmen zu, und diese Entwicklungen müssen endlich ernsthaft bekämpft werden.

Die Polizei und die öffentliche Verwaltung stehen unter massivem Druck, nicht zuletzt durch Personalengpässe und veraltete technische Ausstattung.

Es muss darum gehen, Arbeitsfähigkeit und Krisenfestigkeit der Polizei und anderer Behörden zu stärken. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung für eine funktionierende Sicherheitsarchitektur in unserem Land. Die Programme der Parteien legen jedoch unterschiedliche Schwerpunkte in der Sicherheitsfrage, die im Rahmen der Koalitionsverhandlungen kritisch geprüft werden müssen.

Parteien im Fokus: SPD, AfD, CDU und BSW

SPD: Die SPD betont die Wichtigkeit der Polizei als zentrale Stütze der inneren Sicherheit und stellt die Forderung nach einer besseren personellen und materiellen Ausstattung in den Vordergrund. Für die GdP ist dies der richtige Ansatz. Ohne ausreichend Personal und moderne Technik werden die angestrebten Sicherheitsziele nicht erreicht werden können. Auch die Stärkung der kommunalen Strukturen, insbesondere in der Integra-

tion von Geflüchteten, wie von der SPD vorgeschlagen, ist für uns ein zentraler Punkt.

AfD: Die AfD führt die Debatte zur inneren Sicherheit oft mit einem aggressiven Ton und simplen Lösungen, die sich vor allem gegen Migranten richten. Wir als Gewerkschaft betonen, dass das Grundrecht auf Asyl und die Würde des Menschen unantastbar sind. Die Verknüpfung von Migration und Kriminalität ist kurzsichtig und lenkt von den wirklichen Herausforderungen ab. Der Fokus muss auf Prävention und Integration liegen, nicht auf pauschaler Ausgrenzung.

CDU: Auch die CDU setzt auf eine starke Polizei und betont die Notwendigkeit von mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Investition in Technik und Digitalisierung der Prozesse sind fortwährend ein wichtiges Anliegen. Gesetze und Befugnisse müssen der Lebenswirklichkeit angepasst werden, nicht immer hilft hier nur eine Strafverschärfung. Die Forderung nach einem verstärkten Einsatz von Überwachungstechnik kann gerade in Brennpunktgebieten eine wichtige Unterstützung sein. Wir brauchen nachhaltige Investitionen in die Aus- und Weiterbildung der Einsatzkräfte sowie in die soziale Prävention.

Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Das neue Bündnis legt einen starken Fokus auf soziale Gerechtigkeit und kritisiert die zunehmende Ungleichheit in der Gesellschaft. Während innere Sicherheit in ihrem Programm weniger prominent vertreten ist, hebt BSW die Bedeutung der sozialen Ursachen für Kriminalität hervor. Diese Perspek-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

tive ist wertvoll, denn die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit ist eine der besten Präventionsmaßnahmen überhaupt. In Bezug auf Investitionen und Schwerpunktthemen der inneren Sicherheit bietet das Parteiprogramm jedoch wenig.

Investitionen in Mensch und Technik – ein Muss für Brandenburg

Für die Polizei in Brandenburg besteht dringender Handlungsbedarf. Wir benötigen nicht nur eine Aufstockung des Personals, sondern auch massive Investitionen in die technische Ausstattung. Es reicht nicht, nur Lippenbekenntnisse abzugeben. Wir fordern ein umfassendes Investitionspaket, das den Anforderungen an moderne Polizeiarbeit gerecht wird. Dazu gehören moderne, neue und „passende“ Fahrzeuge für Land, Wasser und Luft, die nötigen Haushaltsmittel, um selbige auch zu reparieren oder ggf. auch ersetzen zu können. Es braucht eine funktionierende digitale Infrastruktur im gesamten Land Brandenburg und eine sichere Ausrüstung für unsere Kolleginnen und Kollegen. Doch die beste Ausrüstung allein reicht nicht aus, um uns zu schützen. Was uns wirklich Handlungssicherheit gibt, ist das routinierte und immer wiederkehrende Training. Nur durch regelmäßiges und intensives Training sind wir in der Lage, in gefährlichen und unvorhersehbaren Situationen richtig und schnell zu reagieren.

Es braucht dringend ein landeseigenes Trainingszentrum, in dem unterschiedliche Szenarien realistisch geübt werden können. Die Komplexität unserer Aufgaben erfordert, dass wir mit verschiedenen Einheiten zusammenarbeiten und uns auf die vielfältigen Herausforderungen vorbereiten können, denen wir im Einsatz begegnen. Ein

solches Trainingszentrum würde es ermöglichen, realitätsnahe und praxisorientierte Übungen durchzuführen – von Deeskalationstechniken bis hin zum taktischen Vorgehen in lebensbedrohlichen Situationen.

Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in kritischen Momenten richtig handeln und sowohl sich selbst als auch die Menschen, die sie schützen, sicher durch gefährliche Lagen führen können. Doch nicht nur das Training ist entscheidend für die Sicherheit und Gesundheit unserer Polizei. Auch die Arbeitsbedingungen müssen endlich angepasst werden. Schichtdienst und unregelmäßige Arbeitszeiten setzen unseren Kolleginnen und Kollegen enorm zu. Die ständige Unplanbarkeit, das Arbeiten zu jeder Tages- und Nachtzeit und die damit einhergehenden Belastungen auf die Physis und Psyche führen dazu, dass viele von uns über die Jahre gesundheitlich schwer beeinträchtigt werden.

Wir fordern deshalb, dass sowohl im Schichtdienst als auch im Dienst zu unregelmäßigen Zeiten eine Reduzierung der Lebensarbeitszeit erfolgt. Unsere Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht länger durch die Härte des 24/7 verschleißt werden. Darüber hinaus muss die Wochenarbeitszeit im Schichtdienst verkürzt werden, um den gesundheitlichen Belastungen entgegenzuwirken. Nur durch eine solche Entlastung kann gewährleistet werden, dass unsere Polizistinnen und Polizisten gesund und fit bleiben – und das ist unverzichtbar für die tägliche Arbeit in diesem herausfordernden Beruf. Unsere Polizei muss sich sowohl auf die modernste Ausrüstung als auch auf die physische und psychische Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen verlassen können. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das uneingeschränkte Bekenntnis zur verfassungskonformen Besoldung unserer Kolleginnen und Kollegen, der Abschaffung der Stellenplanobergrenze sowie das Auseinandersetzen mit Dienstpostenbewertungen. Führungs-

kräfte und Beschäftigte in verantwortlichen Positionen müssen entsprechend entlohnt und gefördert werden. Auch im Bereich der Verwaltung, die das Rückgrat des operativen Dienstes bildet, müssen die Rahmenbedingungen dringend verbessert werden. Hier geht es um Entwicklungsmöglichkeiten und das Abschaffen bürokratischer Hürden im starren Eingruppierungsrecht. Wenn wir Fachkräfte wollen, müssen wir auch Fachkräfte bezahlen können.

Neben den notwendigen Investitionen in die Polizei darf der präventive Aspekt der inneren Sicherheit nicht vernachlässigt werden. Bildung ist der Schlüssel zur Prävention von Kriminalität. Kinder und Jugendliche, die in einem stabilen sozialen Umfeld aufwachsen und Zugang zu guter Bildung haben, geraten seltener auf die schiefe Bahn. Deshalb fordern wir, dass das Bildungssystem gestärkt wird, um langfristig für mehr Sicherheit in unserer Gesellschaft zu sorgen.

Es braucht nachhaltige und langfristige Lösungen, um Brandenburg sicherer zu machen. Dazu gehört eine klare Strategie, die sowohl auf Prävention als auch auf Repression setzt. Nur mit ausreichend Personal, moderner Technik und einem durchdachten Präventionskonzept kann die Polizei ihre Aufgaben effektiv erfüllen. Die Gewerkschaft der Polizei ist bereit, sich intensiv in die Gespräche einzubringen. Wir wollen gemeinsam mit den politischen Akteuren Lösungen erarbeiten, die die innere Sicherheit in Brandenburg nachhaltig stärken. Dabei muss die Stärkung der Polizei Hand in Hand gehen mit einer besseren sozialen Absicherung und der Förderung von Bildung, um langfristig eine stabile und sichere Gesellschaft zu gewährleisten.

Die innere Sicherheit darf kein politischer Spielball werden. Wir brauchen nachhaltige Investitionen in Mensch, Technik und Prävention. Nur so können wir die Herausforderungen der Zukunft bewältigen und für ein sicheres Brandenburg sorgen. ■

DP – Deutsche Polizei Brandenburg

Geschäftsstelle

Großbeerenstraße 185, 14482 Potsdam
Telefon (0331) 74732-0
Telefax (0331) 74732-99
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion

Cornelia Zernicke (V.i.S.d.P.)
Großbeerenstraße 185, 14482 Potsdam
Telefon (0331) 86620-40
Telefax (0331) 86620-46
PHPRMI@AOL.com



KREISGRUPPE BESONDERE DIENSTE

Baumwipfelpfad

Thomas Stimming



Foto: Thomas Stimming

Am 25. September 2024 traf sich der harte Kern der Seniorengruppe der GdP/DBD in Beelitz-Heilstätten. Thomas übernahm die Rolle des Gästeführers. Um die Aussichtsplattform in einer Höhe von 40,50 Meter zu erklimmen, mussten 200 Stufen durch uns erstiegen werden. Was wir auch meisterten. In Beelitz-Heilstätten fing die erste Bauphase 1898 an. Der Baumkronenpfad hat eine Länge von über 700 Meter und fünf Aussichtsplattformen. Aber auf jeder Ebene

gab es Sitzgelegenheiten. Ein Fahrstuhl fuhr auch. Wir hatten eine tolle Aussicht und unser Wolfgang, der sich über den Wolken auskannte, konnte uns alles wunderbar erklären.

Als wir dann wieder nach unten gingen, ging es an Erlebniselemente wie Skyboa und Zittergitter vorbei. Auf der Riesenhängematte wagten dann Angelika und Wolfgang ein Tänzchen. Alle Achtung in dieser Höhe. Anschließend ging es zum Mittagessen und

Verschnaufen in die Gaststätte „Eßzimmer Baum & Zeit“. Danach führte uns Thomas zu der alten Chirurgie, die neu aufgebaut wird, und den Überresten der Liegehalle. Dort war dann in Bild und Wort die Historie erklärt. Des Weiteren befinden sich dort Flyer, die über Veranstaltungen und Sehenswürdigkeiten der Region Brandenburg Auskunft geben. Es war ein schöner Tag. Wir waren ca. 9 Kilometer unterwegs und haben alle das Seniorensportabzeichen bestanden. ■

PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA



AKTUELLES

GdP-Highlights im September

Anita Kirsten

Vorstandssitzung und Austausch mit Sachsen

Am 3. September 2024 tagte unserer Geschäftsführender Landesvorstand (GLBV). Hier ging es um aktuelle Gewerkschaftspolitik und um die Auswertung der letzten Fachtagung der Kriminalpolizei. Ziel ist es, die Kriminalpolizei in Brandenburg zukunftsfähig aufzustellen und mögliche Verbesserungen in Angriff zu nehmen. Außerdem wurden personelle Veränderungen innerhalb der GdP besprochen sowie die Vorbereitungen für die nächste Landesbezirksvorstandssitzung. Am Nachmittag trafen wir uns dann mit dem Vorstand des Landesverbands Sachsen. Dabei standen erneut die politische Forderung nach einer Grenzpolizei sowie die Folgen der Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen im Fokus. Besonders intensiv diskutierten wir die Herausforderungen der Personalratsarbeit und die Notwendigkeit, neue Mitglieder für das ehrenamtliche Engagement in der Gewerkschaft zu gewinnen.

Rückblick auf den politischen Stammtisch in Cottbus: Austausch mit der Politik ist ein wichtiger Schritt in die Zukunft

Unser politischer Stammtisch am 4. September 2024 im Tierpark-Restaurant Cottbus war für unsere Mitglieder vor Ort. Politische Vertreter aus Brandenburg nahmen die Einladung an und setzten sich mit uns zusammen, um über die Zukunft der Polizei und die Herausforderungen der inneren Sicherheit zu diskutieren. Die Veranstaltung bot eine wertvolle Gelegenheit, den Austausch zwischen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Politik zu vertiefen – ein Dialog, den wir auch in Zukunft aktiv weiterführen wollen. Im Zentrum der Gespräche standen die aktuellen Arbeitsbedingungen



Fotos: GdP Sachsen

der Polizei, die zunehmenden Belastungen durch Schichtdienste und unregelmäßige Arbeitszeiten sowie die Frage, wie wir als Gewerkschaft gemeinsam mit der Politik dafür sorgen können, dass unsere Kolleginnen und Kollegen gesund und handlungssicher durch ihren fordernden Beruf kommen. Aber auch das Thema Krisenfestigkeit und die zukünftige Ausstattung und Ausbildung der Polizei wurden intensiv besprochen. Dabei war es wichtig, nicht nur die akuten Herausforderungen zu thematisieren, sondern auch langfristige Lösungen zu erörtern.

Wir danken unseren Gästen – unter anderem Sebastian Walter (Die Linke), Cle-

mens Rostock (Bündnis 90/Die Grünen), Zyon Braun (FDP), Ulrike Mauersberger (CDU) und Ludwig Scheetz (SPD) – für ihre Zeit und die spannenden Diskussionen. Sie haben mit ihren Anregungen und Perspektiven den Abend bereichert und uns wichtige Impulse für unsere Arbeit als Gewerkschaft gegeben.

Doch leider werden einige dieser politischen Akteure nach der Landtagswahl nicht mehr im Parlament vertreten sein. Dies zeigt uns, wie schnell sich das politische Umfeld verändern kann. Für uns als GdP bleibt es jedoch von großer Bedeutung, diesen Austausch auch in Zukunft fortzusetzen. Die



Themen innere Sicherheit und Krisenfestigkeit dürfen nicht von tagesaktuellen politischen Veränderungen abhängen – sie sind zentrale Aufgaben, die langfristig angegangen werden müssen.

Ein wichtiger Schritt, den wir uns als Gewerkschaft vorgenommen haben, ist es, das Format des politischen Stammtischs weiter auszubauen. Cottbus hat uns gezeigt, wie wertvoll dieser direkte Austausch zwischen Gewerkschaft und Politik ist. Deshalb wollen wir den politischen Stammtisch in die Fläche tragen – in die jeweiligen Kreisgruppen. Vor Ort spielt die polizeiliche Musik und genau dort wollen wir als GdP eine Plattform schaffen, auf der sich Kolleginnen und Kollegen mit politischen Akteuren treffen, austauschen und gemeinsam Lösungen erarbeiten können. Als Gewerkschaft sehen wir uns in der Vermittlerrolle zwischen den politischen Entscheidungsträgern und den Polizistinnen und Polizisten vor Ort. Unsere Aufgabe ist es, die Stimme unserer Mitglieder hörbar zu machen und die realen Bedingungen im Polizeidienst in die politische Debatte zu tragen. Nur durch einen kontinuierlichen und offenen Dialog können wir

gemeinsam an den richtigen Lösungen arbeiten.

Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, insbesondere unseren Mitgliedern, die den Abend mit ihren Fragen und Anregungen bereichert haben. Gemeinsam werden wir auch in Zukunft dafür kämpfen, dass die Arbeitsbedingungen der Polizei verbessert und unsere Kolleginnen und Kollegen in ihrem herausfordernden Beruf gestärkt werden.

Politisches Gespräch mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser: Grenzkontrollen im Fokus – ein konstruktiver Austausch zwischen GdP und der Bundespolitik

Im Rahmen eines kurzfristig anberaumten Termins trafen sich die Landesvorsitzenden der GdP für Sachsen, Jan Krumlovsky, und für Brandenburg, Anita Kirsten, mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die aktuellen Entwicklungen rund um die Grenzkontrollen in den östlichen Bundesländern sowie deren Auswirkungen auf die Arbeit der Polizei – sowohl auf Bundes- als auch Landesebene.

Der Dialog war von Beginn an geprägt durch das gemeinsame Verständnis, dass die Herausforderungen in den grenznahen Regionen weiterhin groß sind. Die gestiegenen Migrationszahlen und die damit verbundenen Aufgaben der Bundes- und Landespolizei waren zentrale Themen des Gesprächs. Die GdP machte deutlich, dass der Schutz der Gren-

ze allein keine nachhaltige Lösung für die komplexen Herausforderungen der Migration darstellt. Sowohl Krumlovsky als auch Kirsten betonten, dass die Einrichtung einer landeseigenen Grenzpolizei, wie es von einigen populistisch gefordert wird, keine zielführende Maßnahme sei.

Stattdessen plädierten die beiden Landesvorsitzenden für einen ganzheitlichen und nachhaltigen Ansatz. „Die Problematik der Migration und die Bewältigung der Zuwanderung können nicht allein an einer innereuropäischen Grenze gelöst werden“, erklärten sie übereinstimmend. Beide betonten, dass es einer langfristigen Strategie bedarf, die über reine Grenzkontrollen hinausgeht. Dies erfordert, dass Verwaltung, Sozialarbeit und die polizeiliche Arbeit Hand in Hand gehen, um die Herausforderungen in der Grenzregion zu bewältigen.

Die GdP forderte daher einen umfassenden „Masterplan“, der auf die komplexen Bedürfnisse der Regionen abgestimmt ist. Hierbei müssen nicht nur polizeiliche Maßnahmen gestärkt werden, sondern auch die strukturelle Ausstattung der Verwaltung und Sozialarbeit, um die Zuwanderung effektiv und menschenwürdig zu organisieren. Dies sei aus Sicht der GdP der einzige Weg, um langfristig tragfähige Lösungen zu entwickeln.

Bundesinnenministerin Faeser unterstrich die Bedeutung eines koordinierten Vorgehens. Sie betonte, dass die Bundesregierung ebenfalls eine europäische Lösung anstrebt und an Konzepten arbeite, die die nationalen und europäischen Interessen in Einklang bringen. In diesem Zusammenhang sicherte sie zu, die Zusammenarbeit mit der GdP weiter auszubauen. Im Gegensatz zu populistischen Forderungen, die oft in den Medien laut werden, nutzte die GdP diesen Termin, um die Probleme direkt und sachlich vor Ort zu besprechen. „Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Polizei in diesen Regionen gestärkt wird und gleichzeitig nachhaltige politische Konzepte entwickelt werden“, betonte Anita Kirsten abschließend.

Der konstruktive Austausch mit Nancy Faeser verdeutlichte einmal mehr, wie wichtig es ist, dass die GdP auf allen politischen Ebenen Gehör findet. Nur so können die Herausforderungen im Grenzgebiet effektiv und im Sinne aller Beteiligten bewältigt werden. ■





MEINUNG

Wut oder Enttäuschung???

Jeanette Klinder

Wut und Enttäuschung sind zwei starke Emotionen, die oft miteinander verbunden sind, aber auch unabhängig voneinander auftreten können. Diese zwei Emotionen beherrschen mich seit der diesjährigen Beförderungsrunde im Land. Ein Blick ins Intranet reichte aus, um diese natürlichen Reaktionen bei mir auszulösen.

Nachdem ich mir alle Artikel zur Beförderung angesehen hatte, fiel mir sehr schnell auf, dass der mittlere Vollzugsdienst irgendwie nicht wirklich präsent war. In den anderen Laufbahnen sah es hervorragend aus. Was aber besonders hervorstach, war, dass Verwaltungsbeamte/-innen des mittleren Verwaltungsdienstes die A 11 erhielten. Genau wie ich nahmen das auch unsere Kolleginnen und Kollegen des mittleren Vollzugsdienstes wahr.

In meiner Funktion als Gleichstellungsbeauftragte habe ich seitdem viele Gespräche geführt, in denen mir die Kolleginnen und Kollegen des mittleren Vollzugsdienstes ihren Unmut mitteilten.

Das Gefühl der Ungleichbehandlung macht sich breit. Die Polizisten im mittleren Dienst fühlen sich vergessen bzw. überse-

hen. Viele Kolleginnen und Kollegen fühlen sich sogar verraten. Obwohl sie die gleiche Arbeit wie der gehobene Vollzugsdienst bis A 11 leisten.

Das wurde auch schon im Jahr 1991 festgestellt. Das „Kienbaum-Gutachten“, eine durchgeführte Studie der Unternehmensberatung Kienbaum, die zu dem Ergebnis kam, dass die Aufgaben im Polizeidienst (im Quervergleich zur sonstigen öffentlichen Verwaltung) dem gehobenen Dienst (in Brandenburg mit A 11 bewertet, denn jeder Kollege im g. D. kann auf jedem Dienstposten seiner Laufbahn zur A 11 befördert werden) und dem höheren Dienst zuzuordnen sind.

Selbst der Gesetzgeber in Brandenburg hat gehandelt und nach der Laufbahn des allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes nun auch für den Polizeivollzugsdienst Verzahnungsämter geschaffen.

Was hindert also unsere Spitzenführungskräfte im MIK und in der Behörde daran, dies ebenfalls zu ändern?

Mit der nun gesetzlich normierten laubbahnübergreifenden Dienstpostenbewertung mittels Ämterpreizung im mittleren

Dienst bis zur A 11 könnte den Kolleginnen und Kollegen Wertschätzung entgegengebracht werden. Denn auch unsere Kolleginnen und Kollegen des mittleren Vollzugsdienstes wissen nicht, ob sie täglich gesund nach Hause kommen.

Ebenfalls wäre es mal eine Überlegung zum Thema Personalgewinnung im Strategieprozess 2030 wert. Geben Sie, sehr geehrte Führungskräfte, dem mittleren Polizeidienst die gleiche Chance wie dem mittleren Verwaltungsdienst, die eigene Arbeit gewürdigt zu bekommen.

Jeder Mensch möchte für seine Anstrengungen und Leistungen anerkannt werden. Das Gefühl, dass die eigene Arbeit geschätzt wird, ist entscheidend für die Motivation und Zufriedenheit im Beruf.

Bevor ich es vergesse: Ich bin Polizeihauptmeisterin (Z) Jeanette Klinder, seit 35 Jahren bei der Polizei, habe einige Bereiche in der Polizei kennengelernt und mache mir deshalb Gedanken zum „Wir gemeinsam“. Dieser Leitspruch sollte auch gelebt werden und nicht für unsere Polizisten im mittleren Dienst bedeuten **„Aber IHR nicht“**. ■

KREISGRUPPE PD NORD

GdP vor Ort

Frank Wiesner

Am 12. September 2024 unterstützte die KG PD Nord den Sport- und Gesundheitstag unserer Polizeidirektion Nord in Lindow. Zum einen finanziell, zum anderen durch das Bereitstellen von Musik- und Moderationstechnik. Erstaunlich war, dass 250 Kolleginnen und Kollegen das Angebot dieses Events annahmen. Auch die Fahrradstaffel Oranienburg war wieder unterwegs.

Diese hatten wir im Vorjahr mit Funktions-shirts ausgestattet.

Weiterhin unterstützte die GdP KG PD Nord am 14. September 2024 den „Tag der offenen Tür“ in der Polizeiinspektion Perleberg. Moderation des Blaulichttages und Verpflegung der Kolleginnen und Kollegen war angesagt. Für mich persönlich immer das Wichtigste: die Gespräche mit den Kollegen vor Ort. **Wir sind für Euch da.**

Euer GdP-Team der GdP-KG PD Nord



Foto: Frank Wiesner



KREISGRUPPE HPOL

Regen und kein Sonnenschein – uns egal, Begrüßung ist Tradition und muss sein

Daniel Sauer

Gemeinsam mit unserer JAV und der JASV haben wir am 1. Oktober 2024 mehr als 240 neue Anwärterinnen und Anwärter auf dem Campus in Oranienburg begrüßt. In einer tollen Festveranstaltung wurden unsere neuen Auszubildenden und Studierenden ernannt und von ihren Familien, Freunden, Partnerinnen und Partnern gefeiert. Ein freundlicher Handschlag, ein aufmunterndes Lächeln und den ersten Plausch über das Studium und die Ausbildung sowie die tollen ersten Tage, das ist es, was den ersten Kontakt unserer neuen Kolleginnen und Kollegen mit ihrer GdP vor Ort ausmacht. Für uns trotz Regen in Strippen klar, wir sind für Euch da. Besonders freut uns, dass wir schon die ersten neuen Mitglieder in unseren Rei-



Fotos: Matthias Zöllenski



hen begrüßen dürfen. Übrigens, auf vielfachen Wunsch haben wir beim VdP-Verlag eine Überarbeitung des Polizei-Fachhandbuches für das Land Brandenburg angestoßen und bieten als alternative Willkommensprämie einen hochwertigen Büchergutschein für die Runge-Buchhandlung in Oranienburg an. ■





KOMMENTAR

Wie gehen wir miteinander um? Ein Appell an die Solidarität innerhalb der Polizei

Anita Kirsten

Als Gewerkschaft der Polizei stehen wir seit jeher an vorderster Front, wenn es darum geht, für die Rechte und Belange unserer Kolleginnen und Kollegen einzutreten. Wir sind die Stimme derer, die tagtäglich ihre Gesundheit, ihre Freizeit und oft genug auch ihr Leben aufs Spiel setzen, um für die Sicherheit unserer Gesellschaft zu sorgen. Wir kritisieren, mahnen und kämpfen – immer im Sinne unserer Mitglieder, unserer Kolleginnen und Kollegen. Immer mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, Gesetze anzupassen, Rahmenbedingungen zu etablieren und damit auch die innere Sicherheit zu stärken. Wir sind da, wenn es brennt, und wir sind da, wenn ihr uns braucht.

Doch so sehr wir uns auch als Gewerkschaft für unsere Kolleginnen und Kollegen einsetzen, müssen wir erkennen, dass Kolleginnen und Kollegen im Miteinander untereinander oft scheitern. Es gelingt nicht immer, Kritik an der Arbeit des anderen mit dem nötigen Respekt und der gebotenen Achtung zu begegnen. Dabei ist jeder Einzelne in dieser großen Organisation wichtig – unabhängig davon, ob er oder sie im Wachdienst, in der Verwaltung, bei der Kriminalpolizei oder welcher Einheit auch immer, tätig ist.

Die Polizei ist ein komplexes Uhrwerk, in dem jedes Rädchen seine Aufgabe hat. Fehlt die Verwaltung, kommen wichtige Prozesse wie Ausschreibungen, Beschaffungen oder rechtliche Bewertungen ins Stocken. Fehlt die uniformierte Polizei vor Ort, fehlt oft der erste Ansprechpartner, die „Feuerwehr“ für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Und wenn die Kriminalpolizei unterbesetzt ist, dann stapeln sich die Verfahren, was zu erheblichen Verzögerungen in der Strafverfolgung führt. Genauso bedeutend sind alle anderen Organisationseinheiten im Polizeipräsidium, beim Zentraldienst der Polizei oder an der Hochschule.

Wir dürfen uns gerne daran erinnern, dass wir alle ein Teil eines großen Ganzen

sind. Allzu oft wird das vergessen, insbesondere dann, wenn es um Kritik geht. Es ist leicht, auf Fehler hinzuweisen, die andere machen, und zu vergessen, dass wir alle in einem Boot sitzen. Jeder Fehler, jedes Versäumnis, das aufgedeckt wird, betrifft uns alle – und es liegt an uns allen, eine konstruktive Fehlerkultur zu etablieren, die auf Respekt und Zusammenhalt basiert.

Als Landesvorsitzende der GdP Brandenburg bekomme ich oft Feedback – auf Statements in der Presse, auf Artikel in unserer Zeitung „DP“ und auf unsere Auftritte in den sozialen Medien. Ich danke all denen, die konkrete Fragen stellen, die kritische und viele zielführende Anmerkungen machen. Denn nur durch den Austausch von Meinungen, durch offene Diskussionen, durch dieses Feedback können wir wachsen, für euch kämpfen und gemeinsam den richtigen Weg finden. Doch leider gibt es auch Rückmeldungen, die weit unter die Gürtellinie gehen, die jede Form von respektvoller Kommunikation vermissen lassen, und das ist

etwas, was ich unter Kollegen bei Weitem nicht nachvollziehen kann. Hier gilt es anzusetzen. Nur zusammen können wir diesen Laden „rocken“, nur zusammen können wir dafür sorgen, dass die Polizei des Landes Brandenburg eine Einheit ist, auf die wir uns alle gegenseitig verlassen können. Als Gewerkschaft können wir nicht zaubern, wir können Angriffe, die aus dem Nichts zu kommen scheinen, nicht immer verhindern. Aber wir können den Finger in die Wunde legen, kämpfen und eure Stimme bei der Politik sein. Unter uns Kollegen sollten wir aufhören, uns so sehr mit uns selbst und den möglichen Fehlern anderer zu beschäftigen. Es ist an der Zeit, dass wir uns wieder auf das Wesentliche besinnen: unsere Arbeit, unsere Verantwortung und den Respekt, den wir einander schulden.

Es liegt in unserer Hand, die Kultur innerhalb unserer Polizei zu verändern – hin zu mehr Solidarität, mehr Zusammenhalt und mehr gegenseitigem Respekt. Lasst uns gemeinsam diesen Weg gehen. ■

GdP-BILDUNGSWERK
Brandenburg e.V.

4. - 6. November 2024
freie Plätze verfügbar

SEMINAR KONFLIKTBEWÄLTIGUNG
Akzent Parkhotel
Trebbin

JETZT ANMELDEN

weitere Informationen findet ihr auf der Internetseite des Landesverbands
nutzt bitte die Onlineanmeldung
(bzw. das Anmeldeformular PDF)

Für Mitglieder der GdP kostenlose Teilnahme für andere Interessierte gegen Kostenerstattung möglich

0331 / 747 320 www.gdp.de/Brandenburg gdp-brandenburg@gdp.de

Foto: Timo Schubert